



Pressemeldung: Partnerschaftsgewalt häufig im digitalen Raum fortgeführt Frauen sind auch im Netz ungenügend vor Gewalt durch (Ex-)Partner geschützt

„Er wusste, welche Bilder ich mache, er wusste wann ich auf die Toilette gegangen bin, wann ich rausgegangen bin, wann ich mit wem was geredet habe, und das war einfach zu viel. Man ist nicht mehr frei.“ – Betroffene digitaler Gewalt –

Berlin, 21. November 2022. Weltweit wird am 25. November 2022 der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen begangen. Zu diesem Anlass fordert Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) dringend dazu auf, auch digitale Gewaltformen in Partnerschaften konsequent zu erfassen, in ihren Auswirkungen auf Betroffene ernst zu nehmen und diese besser zu schützen. Als Bundesvernetzungsstelle von über 260 Frauenhäusern und 270 Beratungsstellen beobachtet FHK seit Jahren, dass häusliche Gewalt gegen Frauen zunehmend mit digitalen Mitteln fortgesetzt wird, Behörden und Schutzeinrichtungen jedoch häufig nicht adäquat für die Unterstützung Betroffener ausgerüstet sind.

In Deutschland wird öfter als jeden dritten Tag eine Frau durch ihren (Ex-)Partner getötet. Zu Tötungsversuchen kommt es täglich. Alljährlich verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik einen Anstieg häuslicher Gewalt. Erst seit 2020 wird im Zuge dessen Gewalt mit dem „Tatmittel Internet“ gesondert aufgeführt und dabei mit großer Wahrscheinlichkeit nur ein Bruchteil der Fälle erfasst:

„Die Bandbreite digitaler Mittel, mit der Männer Gewalt gegen die eigene (Ex-)Partnerin ausüben, ist mittlerweile riesig: Stalking über GPS-Tracker, Identitätsdiebstahl oder das Anlegen von Fake-Profilen, um Falschinformationen über eine Person zu streuen. Die Überwachung von Handy- und E-Mail-Kommunikation. Die Veröffentlichung intimer Bilder gegen den Willen der Frau. Oder Deep-Fakes, bei denen das Gesicht der Betroffenen in Pornoaufnahmen montiert wird – um nur einige Beispiele zu nennen“, erklärt Katrin Frank, Vorstandsvorsitzende von FHK. „Für die Betroffenen ist das psychisch extrem belastend, mitunter traumatisierend. Zumal alles, was sich online abspielt, einerseits in physische Gewalt umschlagen kann und andererseits oft eine öffentliche Bloßstellung bedeutet, die sich nicht rückgängig machen lässt. Inhalte, die einmal im Netz sind, bleiben dort in der Regel.“

Die jüngste Auswertung des Europarats, [der sogenannte GREVIO-Bericht](#), bestätigt jedoch, dass sowohl Polizei und Justiz als auch Schutzeinrichtungen in Deutschland häufig nicht adäquat mit Knowhow und Ressourcen ausgestattet sind, um auf die technischen Entwicklungen im Bereich häuslicher Gewalt kompetent zu reagieren.

„Wenn sich Betroffene an Polizei oder Unterstützungseinrichtungen wenden – aber man dort die Tragweite des Problems nicht (an)erkennt oder sie aus Überforderung einfach wegschickt, ist das fatal für die Sicherheit der Frauen, aber auch für das Vertrauen in unseren Rechtsstaat“, so Frank weiter.

FHK appelliert daher eindringlich an Bund und Länder,

- alle beteiligten Berufsgruppen angemessen zum Schutz vor digitaler Gewalt fortzubilden und entsprechende Ressourcen bereitzustellen
- die Datenlage zu digitaler Gewalt in Partnerschaften zu verbessern, um effektive Maßnahmen entwickeln zu können.

Medienkontakt:



**FRAUENHAUS-
KOORDINIERUNG e.V.**

Frauenhauskoordinierung e.V. | Tucholskystraße 11 | DE-10117 Berlin | 030-3384342-0 | info@frauenhauskoordinierung.de

Elisabeth Oberthür, Referentin Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 030/338434250 | E-Mail: oberthuer@frauenhauskoordinierung.de

Über Frauenhauskoordinierung e.V.: Frauenhauskoordinierung e. V. (FHK) wurde auf Initiative der Wohlfahrtsverbände (AWO Bundesverband e. V., Diakonie Deutschland, Der Paritätische Gesamtverband, Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V./Deutscher Caritasverband e. V.) gegründet, um sich im Auftrag der Mitglieder für den Abbau von Gewalt gegen Frauen und für die Verbesserung der Hilfen für betroffene Frauen und deren Kinder einzusetzen. FHK koordiniert, vernetzt und unterstützt das Hilfesystem, fördert die fachliche Zusammenarbeit und bündelt Praxiserfahrungen, um sie in politische Entscheidungsprozesse sowie in fachpolitische Diskurse zu transportieren.